

10 Bilanz der Migration aus den Top-8-Asylherkunftsändern – Einzelauswertung für NRW

Große Anfrage 40
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/14930

Antwort
der Landesregierung
Drucksache 17/15787

Die Aussprache ist eröffnet. Für die AfD-Fraktion hat nun Herr Loose das Wort. Bitte – schön.

Christian Loose (AfD): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Im Winter des Jahres 2014 reduzierte die UN die Unterstützung für die syrischen Flüchtlinge in den Anrainerstaaten Libanon und der Türkei drastisch. Auch Deutschland hat in dieser Situation viel zu wenig geholfen. Daraufhin machten sich viele Flüchtlinge auf den Weg, um woanders Schutz zu suchen. Aus Sicht der Flüchtlinge ist das durchaus verständlich. Doch völlig unverständlich ist, dass Frau Merkel die deutschen Grenzen 2015 entgegen der geltenden Rechtslage offen wie ein Scheunentor ließ und selbst Personen aufnahm, die auf dem Weg ihren Pass „verloren“ hatten. Die Folgen waren dramatisch. Die Kommunen waren heillos überfordert, und mit den Flüchtlingen kamen leider auch Personen, die ihr Gastrecht massiv missbraucht haben.

Mit dem Regierungswechsel im Jahre 2017 bot sich dann die Möglichkeit, die Migration in NRW zu ordnen und auf der einen Seite Migranten, die ein dauerhaftes Bleiberecht hatten und arbeiten wollen, zu integrieren und auf der anderen Seite Migranten, die straffällig wurden, abzuschieben, so, wie unsere Bürger dies von einer vernunftbegabten Politik erwarten. Dass Abschiebungen nahezu erfolglos blieben und die Minister Reul und Stamp versagt haben, war bereits Thema in zahlreichen Innenausschusssitzungen und Sitzungen des Integrationsausschusses.

Mit der Anfrage Nummer 40 haben wir im Sinne der Bürger dann gefragt, ob denn wenigstens die Integration in den Arbeitsmarkt erfolgreich lief. Doch die Antworten der Landesregierung zeigten, dass auch dies nicht funktionierte. Die Landesregierung konnte bei der Antwort kaum aussagekräftige Ergebnisse liefern, und ihr war es nicht einmal gelungen, sauber zwischen Personen, die seit Jahrzehnten in Deutschland leben, und dem seit 2015 eingereisten Personenkreis zu unterscheiden.

Fest steht jedoch: Die Anzahl der Personen aus den Top-8-Herkunftsändern – das sind Eritrea, Nigeria, Somalia, Afghanistan, Iran, Irak, Pakistan und Syrien – hat sich zwischen Dezember 2014 und Dezember 2019 um knapp 328.000 auf 440.000 Personen erhöht. 328.000 neue Bürger, davon knapp 250.000 im

erwerbsfähigen Alter. 250.000 neue Arbeitskräfte könnten somit unsere Wirtschaft stärken. Doch die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten hat sich nun nicht um 250.000 erhöht, sondern lediglich um 67.000 Personen, davon zudem viele Personen, Herr Laumann, nur teilzeitbeschäftigt. Von den vollzeitbeschäftigten Personen arbeiten zwei Drittel im untersten Entgeltbereich und können kaum für ihr eigenes Leben sorgen.

Hingegen stieg die Zahl der Regelleistungsberechtigten aus diesen acht Ländern im genannten Zeitraum um 220.000 Personen. Statt also 250.000 neue Arbeitskräfte zu erhalten, haben wir 220.000 neue Hartz-IV-Empfänger bekommen.

Die Arbeitslosenquote in der Gruppe der Top-8-Herkunftsländer liegt bei erschreckenden 46,7 %.

All das ist der Erfolg oder vielmehr der Misserfolg der Regierung von CDU und FDP.

Herr Laumann, das Problem Ihrer kläglichen Versuche einer Integration in den Arbeitsmarkt liegt ja eigentlich auf der Hand; denn ganze 87 % der arbeitssuchenden Migranten aus der Gruppe der genannten Herkunftsländer haben keine Berufsausbildung. Sie versuchen somit mit Milliarden Steuergeldern Menschen in einen Arbeitsmarkt zu integrieren, ohne dass diese Menschen die notwendigen beruflichen oder schulischen Qualifikationen mit sich bringen. Das hilft weder diesen Menschen noch unserem Land.

Wenn wir diesen Menschen wirklich effektiv helfen möchten, dann muss das vor Ort, heimat- und kultur- nah erfolgen. Für diese heimatnahe Hilfe stehen wir als Alternative für Deutschland. Für Freiheit, Wohlstand und Vernunft. – Vielen Dank.

(Beifall von der AfD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Loose. – Herr Franken spricht nun für die CDU-Fraktion.

Björn Franken (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir alle kennen das populistische Spielchen, das die AfD hier seit Jahren spielt. Wir beobachten es: Sie kochen ihr stinkendes braunes Süppchen, würzen mit Halbwahrheiten, Lügen und Panikmache und hoffen, dass irgendetwas davon draußen irgendwie verfangen wird. Wir sehen ja auch regelmäßig, wie schöne Videos von den Reden hier abgedreht werden.

(Helmut Seifen [AfD]: Unteres Niveau, wirklich!)

An den inhaltlichen Debatten haben Sie anschließend kein Interesse.

(Zuruf von Christian Loose [AfD])

Doch auch heute werden wir Ihnen das Thema nicht durchgehen lassen.

(Zuruf von Christian Loose [AfD])

– Herr Loose, Sie können schreien, wie Sie wollen, ich bin so lauter und auch mit Mikrofon immer noch lauter als Sie. Deswegen können Sie sich das sparen.

(Beifall von der CDU und der FDP – Zuruf von Uta Opelt [AfD])

Die Politik der NRW-Koalition ist ganz klar und ganz, ganz einfach. Wer die Voraussetzungen des Asylgesetzes erfüllt, hat einen Schutzanspruch. Diesen Menschen gewähren wir Asyl. Wer diese Voraussetzung nicht erfüllt, hat diesen Anspruch nicht. Diese Menschen müssen unser Land wieder verlassen. Es ist ganz einfach.

Gerade wegen unserer soliden Arbeits- und Wirtschaftspolitik in den letzten Jahren konnten wir die Arbeitslosenquote vor der Coronapandemie, also Ende 2019, bereits auf ein Rekordtief senken.

Wir alle wussten – und da versuchen Sie immer, hier etwas vorzugaukeln –, dass die Menschen, die vor Tod und Verfolgung flüchten, nicht alle einen Universitätsabschluss haben und es nicht alles Hochbegabte sind. Dennoch brauchen diese Menschen unseren Schutz und unsere Hilfe.

Wir haben die richtigen Weichen gestellt und auf diesem Weg bereits viel erreicht. Lassen Sie uns diesen Weg gemeinsam weitergehen, damit diejenigen, die auf dem Rücken der Schwachen die Angst schüren, in unserem schönen Land nicht das Sagen bekommen. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU, der SPD, der FDP und den GRÜNEN – Zuruf von der CDU: Jawohl!)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Franken. – Für die SPD-Fraktion hat nun Herr Kollege Yetim das Wort.

Ibrahim Yetim (SPD): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen, ganz herzlichen Dank. – Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wie ich haben sich vermutlich viele hier gefragt, warum die AfD diese Große Anfrage eigentlich gestellt hat und was sie damit bloß bezwecken will. Der Abgeordnete der AfD hat gerade gesagt, sie habe diese Anfrage im Sinne der Bürgerinnen und Bürger gestellt. Ich glaube, wir alle wissen ganz genau, warum Sie sie gestellt haben, nämlich um hier wieder für Ihre Kamera Stimmung zu machen, damit Sie das wieder für Social Media benutzen können.

(Vereinzelt Beifall von der SPD und der CDU – Helmut Seifen [AfD]: Ach!)

Ich will Ihnen ganz deutlich sagen, dass diese Große Anfrage ein Ziel hat. Sie will nämlich die Migrations- und Integrationspolitik in Nordrhein-Westfalen, die wir seit vielen Jahrzehnten auch im Streit, aber immer im Konsens für die Menschen zu gestalten versuchen, als gefährlich darstellen. Sie wollen Migrantinnen und Migranten in ein schlechtes Licht rücken und sie als Sozialschmarotzer darstellen. Darum geht es Ihnen.

Das merkt man auch sehr deutlich an den Fragen, die Sie gestellt haben. Es sind Suggestivfragen, die zeigen sollen, dass Migrantinnen und Migranten wenig Positives zum deutschen Arbeitsmarkt und zum deutschen Sozialsystem beitragen – und das auch dann, wenn sie erwerbstätig sind.

Was sich auf Anhieb herauslesen lässt, sind Scheinargumente wie jenes, dass es unter den Migrantinnen und Migranten mehr Grundsicherungsempfänger als sozialversicherungspflichtig Beschäftigte gebe, wodurch Steuergelder der Deutschen zu Unrecht an Migrantinnen und Migranten gingen

(Christian Loose [AfD]: Und der Türken, der Deutsch-Russen und der Ungarn! Auch die zahlen ins Sozialsystem!)

– unverschämte und haltlose Behauptungen genauso wie jetzt auch, Kollege von der AfD.

(Beifall von der SPD, den GRÜNEN, Björn Franken [CDU] und Dietmar Brockes [FDP])

Wir können uns gerne noch einmal austauschen, vielleicht in einem anderen Ring.

Dann fragt man sich, ob die AfD eigentlich selbst irgendwelche Ansätze zur Lösung von Problemen in der Migrations- und Integrationspolitik bietet. – Nein!

(Zuruf von Helmut Seifen [AfD])

In den letzten fünf Jahren – alle, die dabei waren, werden das bestätigen können –

(Zuruf von Christian Loose [AfD])

haben wir noch nicht einen einzigen konstruktiven Beitrag von Ihnen gehört,

(Zurufe von Christian Loose [AfD] und Helmut Seifen [AfD])

wie wir in der Migrations- und Integrationspolitik vorgehen sollten

(Beifall von Björn Franken [CDU] – Zuruf von Andreas Keith [AfD])

– nicht einen in fünf Jahren!

(Andreas Keith [AfD]: Dann sind Sie nicht so oft hier! – Christian Loose [AfD]: Sie sagen die Unwahrheit!)

Sie erfinden immer Zusammenhänge und machen Panik. Alles, was wir in der Integrationspolitik ma-

chen, ist immer schlecht. Sie schieben es immer auf eine angebliche Faulheit, Dummheit, Habgier und den Egoismus von Geflüchteten und Menschen mit internationaler Familiengeschichte.

Bei den Fragen dieser Großen Anfrage – ich greife eine heraus – lässt sich Ihre spalterische Vorgehensweise sehr deutlich belegen. Zum Beispiel bei der Frage 14:

„Warum trennt die Landesregierung nicht konsequenter nach qualifizierter Zuwanderung auf der einen und humanitärem Schutz [...] auf der anderen Seite?“

(Helmut Seifen [AfD]: Ja!)

Menschen in Kategorien einzuteilen

(Helmut Seifen [AfD]: Ach!)

nach Art der Belastbarkeit in nützliche Geflüchtete

(Zuruf von Christian Loose [AfD])

und diejenigen, denen wir auch noch helfen müssen, und

(Zuruf von Christian Loose [AfD])

danach zu entscheiden, wer es verdient hat, unterstützt zu werden, kann nun wirklich nicht zu einer langfristigen gesellschaftlichen Lösung beitragen.

(Zuruf von Helmut Seifen [AfD])

Dieses Denken zeigt sehr deutlich Ihre Ahnungslosigkeit bei Integrationspolitik.

(Zuruf von Christian Loose [AfD])

Davon haben Sie nämlich so viel Ahnung wie die Kuh vom Eislaufen, um das mal ganz deutlich zu sagen.

Wir haben es doch bei der sogenannten „Gastarbeiterzuwanderung“ in den letzten Jahrzehnten erlebt, und wir erleben es immer noch: Die Pioniergeneration war im Bergbau, in der Stahlindustrie, beim Bau und hat einfachste Tätigkeiten übernommen. Ihre Kinder und Enkel haben sich entwickelt und sind oftmals Handwerkerinnen, sind im öffentlichen Dienst, in der Medizin tätig, sie sind Akademikerinnen und Akademiker oder – so wie hier – Abgeordnete. – Das gefällt Ihnen nicht. Darum geht es Ihnen eigentlich im Kern.

Generell – das sage ich auch sehr deutlich – scheinen Sie verheimlichen zu wollen, dass Migrantinnen und Migranten für Sie nur etwas wert sind, wenn sie arbeiten können.

(Zuruf von Helmut Seifen [AfD])

Das zeigt auch Ihre Frage 19, mit der Sie danach fragen, was denn die Zuwanderer aus den Asylherkunftsländern dazu beigetragen hätten, um den Bedarf an qualifizierten Fachkräften zu reduzieren. Welche Antwort erwarten Sie eigentlich darauf? – Wenn

Sie den Bedarf reduzieren können, dürfen sie bleiben, und wenn nicht, dann macht das keinen Sinn, dass wir sie aufnehmen. Darum geht es Ihnen.

Es geht Ihnen nicht darum, Menschen zu helfen, die Schutz suchen. Darum geht es Ihnen gar nicht. Menschen die Asyl brauchen, die fliehen, um die wollen Sie sich nicht kümmern. Darum geht es Ihnen eigentlich im Kern.

Die AfD will mit dieser Großen Anfrage – damit komme ich zum Schluss – die Migrantinnen und Migranten als Schmarotzer darstellen, indem sie ständig auf arbeitslose bzw. auf arbeitssuchende Migrantinnen verweist. Die ganzen neuen und alten Lebensbedingungen der Migrantinnen und Migranten, dass sie sich erst mal anpassen müssen und wo sie herkommen, all das zählt für sie überhaupt nicht.

Der Versuch, unsere Gesellschaft in „die“ und „wir“ zu spalten, wird nicht verfangen; in Nordrhein-Westfalen bei unserem demokratischen Konsens sowieso nicht.

Ich sage Ihnen das sehr deutlich: Ich bin eigentlich nicht derjenige, der immer den Säbel herausholt, aber an dieser Stelle muss ich das tun.

(Lachen von Helmut Seifen [AfD])

Ihre Politik, die Politik der AfD, erinnert mich an die heimlichen Blähungen eines Fahrgastes in der Straßenbahn. Alle, die mit dieser Straßenbahn fahren, ärgern sich darüber, aber alle wissen auch ganz genau: An der nächsten Station gehen die Türen auf, und der Gestank ist draußen. – Genau so wird es Ihnen auch ergehen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Uta Opelt [AfD]: Peinlich!)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Yetim. – Es gibt eine Kurzintervention, angemeldet von der AfD-Fraktion, und die führt Herr Loose durch. Bitte, Herr Loose.

Christian Loose (AfD): Danke, Herr Präsident! Herr Yetim hat gerade am Ende sicherlich gezeigt, wes Geistes Kind er ist, welche Wortwahl er trifft, und hat damit seine Qualifikation herausgestellt.

(Beifall von der AfD)

Herr Yetim, auch Sie scheinen den Unterschied zwischen einer qualifizierten Zuwanderung nach Asyl und einem Asylrecht nicht zu verstehen; und das, obwohl Sie selber sagen, sei seien integriert. Aber Sie haben anscheinend die deutschen Gesetze noch nie gelesen.

Die ganzen integrierten Ausländer, die ganzen integrierten Zuwanderer tragen diesen Sozialstaat und all Ihre Fehler mit, die Sie in der Politik machen.

Wenn Sie den Menschen wirklich helfen wollten, dann könnten Sie vor Ort für einen Bruchteil des Geldes helfen. Während Sie hier einen Asylbewerber für 1.000 Euro finanzieren müssen, könnten Sie damit 100 Menschen vor Ort helfen. Das unterlassen Sie aber, und damit unterlassen Sie die Hilfe vor Ort.

Wir als AfD wollen aber vor Ort helfen und können damit viel mehr Menschen helfen, als Sie es hier in Deutschland tun. – Vielen Dank.

(Beifall von der AfD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Das war die Intervention. – Herr Yetim bitte schön.

Ibrahim Yetim (SPD): Danke, Herr Präsident. – Ich wäre mit dieser großen Anfrage eigentlich ganz anders umgegangen. Ich hätte sie ganz sachlich abgebügelt, aber Ihr Auftritt, Herr Loose, und auch der Ihres Kollegen zwei Tagesordnungspunkte zuvor, diese unsäglichen Angriffe, diese Unanständigkeit, die Sie hier gegenüber langjährigen Abgeordneten wie zum Beispiel Frau Gödecke vorhin an den Tag gelegt haben – wir haben es alle miterlebt –, zeigen mir sehr deutlich, worum es Ihnen geht. Es geht Ihnen nicht darum, dass wir diese Gesellschaft weiterentwickeln müssen.

(Helmut Seifen [AfD]: Doch!)

Es geht Ihnen nicht darum, Menschen auf ihrem oft sehr schweren Weg mitzunehmen. Darum geht es Ihnen nicht. Es geht Ihnen darum, unsere Gesellschaft zu spalten. Und ich sage Ihnen, dass wir, dieses Parlament, das auch in der nächsten Legislaturperiode nicht zulassen werden.

(Beifall von der SPD und der CDU – Andreas Keith [AfD]: Hier spaltet nur einer, und das sind Sie!)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Yetim. – Als Nächstes spricht für die FDP-Fraktion Herr Terhaag.

Andreas Terhaag^{*)} (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich danke erst einmal allen, die an der Beantwortung dieser Großen Anfrage gearbeitet haben.

Schon in den Vorbemerkungen wird klar, welche Intention die Fragesteller hatten. Da wird erneut die Geschichte erzählt, dass Zuwanderung vorrangig aus wirtschaftlichen Gründen in das deutsche Sozialsystem erfolgen würde. Das sind die klassischen Muster von Anträgen und Anfragen der angeblichen Wahlalternative, die hier zum Vorschein kommen.

Geflüchteten Menschen werden grundsätzlich schlechte Absichten unterstellt, ohne hingegen auf

die genauen Hintergründe und Fluchtursachen einzugehen oder diese zu betrachten. Ein gegenseitiges Ausspielen verschiedener gesellschaftlicher Gruppen darf selbstverständlich ebenfalls nicht fehlen.

Wenn ich hingegen die Top-8-Asylherkunftsländer betrachte, so sehe ich doch ausschließlich Länder, wo derzeit schwere Menschenrechtsverletzungen, religiöse und ethnische Konflikte oder gar Bürgerkriege vorherrschen. Den Menschen wird oft kein freies Leben ohne Gewalt und Angst ermöglicht.

Die Landesregierung antwortet folgerichtig, dass unser Grundgesetz genau diesen Menschen bei uns Schutz gewährt. Flucht vor Krieg, Verfolgung und Terror sind wesentliche Fluchtursachen. Wir dürfen uns niemals vor der Hilfe für asylsuchende Menschen verschließen und damit auf das Niveau der Fragesteller begeben. Mit dem Gebrauch des Asylrechts werden keine wirtschaftlichen Ziele verfolgt, wie fälschlich von Ihnen unterstellt wird.

Gerade mit Blick auf die acht häufigsten Herkunftsländer sehen wir zu großen Teilen eine Zuwanderung aus humanitären Gründen. Uns allen ist völlig klar, dass Zuwanderung aus humanitären Gründen zunächst aber auch mit Belastungen des Sozialsystems verbunden ist.

Die Arbeitsmarktintegration ist wegen diverser Faktoren nicht binnen kürzester Zeit zu erreichen. Asylsuchende brauchen eine gewisse Zeit, um Deutsch zu lernen und sich weiterzuqualifizieren. Das sind Voraussetzungen, um sich hier zu integrieren. So wollen wir ihnen ein selbstbestimmtes Leben und eine Existenz ermöglichen und damit auch das Sozialsystem entlasten.

Wir sehen seit Jahren eine ansteigende Beschäftigungsquote der asylsuchenden Menschen aus den häufigsten Herkunftsländern. Das ist ein Integrationserfolg.

Eine erfolgreiche Integrationspolitik beruht aber auch immer auf Gegenseitigkeit und Recht. Die NRW-Koalition und unsere Landesregierung stehen deshalb dafür, dass Menschen ohne Schutzanspruch und insbesondere Straftäter und Gefährder konsequent abgeschoben werden. Integration ist ein langwieriger Prozess, der aber die Gesellschaft und das Land bereichert und keinesfalls durch irgendwelche Rechtspopulisten sabotiert werden darf. – Vielen Dank.

(Vereinzelt Beifall von der FDP, der CDU, der SPD, der FDP und den GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Terhaag. – Frau Aymaz spricht nun für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und hat jetzt das Wort, bitte schön.

Berivan Aymaz^{*)} (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen der demokratischen Fraktionen! Die Zeit schreitet voran. Wir haben die Zeit weit überschritten, weil wir heute nämlich über sehr wichtige Punkte debattieren mussten, zum Beispiel über die Frage, wie wir den hier Schutz suchenden Menschen aus der Ukraine helfen können. Genauso werden wir uns natürlich auch zukünftig mit der Frage beschäftigen, wie wir den Menschen aus anderen Krisenländern wie Syrien, Afghanistan, die Schutz brauchen und bei uns suchen, diesen auch weiterhin gewähren können.

Dabei werden wir nicht darauf achten, inwiefern sie leistungsfähig sind oder nicht. Denn das Recht auf Asyl ist und bleibt unantastbar. Dafür werden wir auch weiterhin streiten. Es lohnt sich nicht, weiterhin Zeit dafür zu vergeuden, über diese Große Anfrage der AfD zu diskutieren, die ganz klar menschenverachtend ist

(Lachen von Christian Loose [AfD])

und diese Intention auch heute noch einmal hier dargestellt hat.

(Beifall von den GRÜNEN, Heike Wermer [CDU] und Björn Franken [CDU])

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Aymaz. – Jetzt hat die Landesregierung das Wort. Es spricht Herr Minister Laumann.

Karl-Josef Laumann, Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Präsident! Ich will für das Arbeitsministerium und für die Landesregierung erst einmal klar zum Ausdruck bringen, dass es bei der Frage der Zuwanderung im Zusammenhang mit Asyl nicht in allererster Linie um die wirtschaftlichen Interessen der Bundesrepublik Deutschland und des Landes Nordrhein-Westfalens geht.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Es geht hier schlicht und ergreifend darum, dass Menschen zu uns kommen, deren Leib und Leben in ihrem eigenen Land gefährdet ist. Deswegen ist das Asylrecht erst einmal ohne die wirtschaftlichen Interessen in diesem Land zu sehen. Die Aufgabe lautet, diesen Menschen Schutz zu gewähren.

(Beifall von Berivan Aymaz [GRÜNE])

Das ist es, worum es zunächst einmal geht.

Der zweite Punkt ist, dass wir den Menschen, wenn sie hier sind, natürlich auch helfen wollen, ihren Platz in unserer Gesellschaft zu finden. Das hat nicht nur, aber auch mit Arbeit zu tun. Es hat mit fairen Bildungschancen, insbesondere auch mit fairen Aufstiegschancen und mit einer guten Integration ihrer Kinder in unsere Erziehungs- und Bildungssysteme

zu tun. Es hat damit zu tun, diesen Menschen eine vernünftige gesundheitliche Versorgung anzubieten, und damit, dass sie sich in unsere Gesellschaft integrieren, indem sie unsere Sprache lernen. Integration – davon bin ich überzeugt – bleibt ohne Sprache immer unvollständig bzw. ist aus meiner Sicht gar nicht möglich.

Deswegen haben die Landesregierung und viele andere staatliche Ebenen für die Flüchtlinge, die insbesondere auch in den Jahren 2014 und 2015 zu uns gekommen sind, in der Frage der Sprachvermittlung erhebliche Anstrengungen unternommen und eine große Struktur dafür aufgebaut.

Wir verzeichnen auch Erfolge in der Beschäftigungsquote. Die Beschäftigungsquote der Bevölkerung mit Staatsangehörigkeit aus den acht wichtigsten Asylherkunftsländern ist von 2016 bis 2020 von 8,7 auf 24,8 % gestiegen. Die Arbeitslosenquote hat sich im selben Zeitraum von 60,4 % auf 46,7 % verringert.

Viele der Menschen, die in der Flüchtlingskrise zu uns gekommen sind, sind bereits in sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung. Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten aus den acht Hauptasylherkunftsländern lag im Dezember 2020 bei 63.557 Vollbeschäftigten. Im Vergleich zu Dezember 2010 ist das ein Anstieg um 66%. Das ist eine gewaltige Steigerung. Darauf können alle diejenigen, die diese Menschen in die Arbeitswelt integriert haben, auch stolz sein.

Wir werden uns in unserem Ministerium weiterhin mit der Frage der Integration der Flüchtlinge beschäftigen. Wir haben jetzt durch die Flüchtlinge aus der Ukraine eine weitere Situation, in der wir es ja nun wirklich mit Kriegsflüchtlingsen zu tun haben. Ich will aus meiner Sicht sagen, dass ich sehr froh über die Entscheidung der Europäischen Union bin, diesen Menschen einen Zugang zum Arbeitsmarkt bei uns in Nordrhein-Westfalen und in ganz Deutschland zu gewähren, wenn sie registriert sind. Das ist gut.

Ich habe heute noch eine Schalte mit der Bundeswissenschaftsministerin und dem Bundesarbeitsminister, bei der es auch darum geht, wie wir das mit den Berufsanerkennungen so hinkommen, dass die Menschen dann auch ihrem Können und ihrer Ausbildung angemessen in unseren Arbeitsmarkt kommen.

(Beifall von der FDP)

Ich sehe persönlich das größte Problem bei uns in Deutschland darin, dass wir uns bei der Vergleichbarkeit von Schul- und Berufsabschlüssen der Menschen, die zu uns gekommen sind, meiner Meinung nach zu schwertun und die Hürden viel zu hoch sind. Viele aus Asyl- oder Kriegsgründen zugewanderte Menschen haben deshalb bei uns eine weit unter ihren Fähigkeiten liegende Beschäftigung aufgenommen.

Deswegen würde ich mir sehr wünschen, dass wir das umsetzen, was wir im MAGS schon länger denken, nämlich dass wir bei der Berufsankennung besser und schneller werden und vielleicht auch nichtformelle Kenntnisse mit in die Gesamtbetrachtung einbeziehen müssen. Ich glaube, das würde dazu führen, dass wir noch mehr Menschen in diese Gesellschaft und in den Arbeitsmarkt integrieren können. – Schönen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Minister Laumann. – Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Damit schließe ich die Aussprache und stelle fest, dass die Beratung über die Große Anfrage 40 der Fraktion der AfD abgeschlossen ist.

Wir kommen zu:

11 Europa stärken – Das Erfolgsmodell der regionalen Zusammenarbeit von Nordrhein-Westfalen ausbauen

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/16912

Zum Antrag spricht zunächst für die CDU-Fraktion Herr Kollege Krauß.

Oliver Krauß (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Am 11. Oktober 2017 habe ich hier meine erste Plenarrede gehalten, die Gedanken von Jean-Claude Juncker enthalten hat. Als Kommissionspräsident hatte er gerade zur „Lage der Union“ gesprochen. Seither registrieren wir Pandemie, Hochwasserkatastrophe, Krieg. Wie viel mehr wiegt heute sein damaliger Appell: „Jetzt ist der Moment, um ein enger vereintes, ein stärkeres und ein demokratischeres Europa aufzubauen“?

Die eigene Sicherheit unter Druck, Unruhen an den EU-Außengrenzen – heute ist die Volksbefragung in den Niederlanden sechs Jahre her, bei der eine Mehrheit das Assoziierungsabkommen mit der Ukraine trotzdem abgelehnt hatte. Am Sonntag haben wir mit Ungarn gebangt. Am kommenden Sonntag treten bei den Präsidentschaftswahlen in Frankreich zwei machthungrige Rechtsaußen an.

Der Bestand unserer europäischen Lebensweise, Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, ist keine Selbstverständlichkeit. Die gemeinschaftliche Identität, die Achtung der Menschenrechte im Kern, ist angesichts der Destabilisierungen zu verteidigen.

In den Megatrends von Klimawandel, Konfliktmigration und Digitalisierung muss sich die EU legitimieren: Kompetenzstruktur, Problemlösungsfähigkeit, die Festigung transatlantischer Partnerschaft, um global Einfluss zu haben. Gewaltbereite Bedrohungen mit der akuten Gefahr von Versorgungskrisen lassen nationale und europäische Souveränität nur noch zusammen denken – an der Seite des Vereinigten Königreichs und der Vereinigten Staaten.

Der Nationalstaat erweist sich nach einer Denkfigur des US-Soziologen Daniel Bell als zu klein für die großen Probleme, als überdimensioniert für die kleinen Probleme.

Die Stärkung Europas von innen ist seit dem 14. Juli 2020 Verfassungsauftrag in NRW. Unsere Regionen sind ausschlaggebend dafür, in Vielfalt geeint zu sein. Hier gelingen Integration und Transformationen. Hier entscheiden sich Praktikabilität und Akzeptanz europäischer Politik.

Aus der Solidarität der Tat sind handlungsfähige Institutionen hervorgegangen. Im Juni 1985 war das Schengener Abkommen Pilotprojekt im Dreiländereck: Frankreich, Benelux, die Bundesrepublik. In der Hochinzidenz wurde heute vor zwei Jahren die Offenheit unserer Grenzen zu den Niederlanden und zu Belgien artikuliert. Unsere Grenzregion ist besser durch die Pandemie gekommen als viele andere. Wir haben von unserer jahrelangen vertrauensvollen Zusammenarbeit profitiert. Wir haben sie vertieft.

Diese Bilanz hat die Grenzlandkonferenz in der vergangenen Woche gezogen. Grenzüberschreitende New Governance ist Vorbild europäischen Denkens und Handelns. Sicherheit, Arbeitsmarkt, Kultur, Bildung, Mobilität, Katastrophenschutz – mit gemeinsamen Wasserstoffprojekten und dem Aufbau grüner Infrastruktur gehen wir in Europa voran.

„Jetzt ist der Moment“ – der Appell von Jean-Claude Juncker aus dem Jahre 2017 ist aktuelle Dramatik.

Aus allen Teilen des Landes, aus fünf Städtepartnerschaften heraus, werden Wege zurückgelegt, um Hilfe für die Mitmenschen in der Ukraine zu organisieren. Es ist unser Lebenselixier, die Zusammenarbeit mit Regionen auszubauen und zu vertiefen. Wir dürfen uns niemals einschüchtern lassen, für unsere universellen Werte einzutreten. Sie sind Fundament von Stabilität und Wohlstand. Die Selbstbestimmung der Gesellschaften, freie Meinungsäußerung, der freie Austausch von Ideen und Menschen – sie sind Grundlage für den Übergang von einer zerbrechlichen Koexistenz zu einem tragfähigen Frieden.

In dieser Wachheit haben wir Partnerschaften erneuert und neu geknüpft: das „Regionale Weimarer Dreieck“, zum Piemont, transatlantisch, zum westlichen Balkan. Wir setzen uns ein für eine Mehr-Ebenen-Beteiligung, die Rechtsetzung und demokratische Legitimität stärkt. Das Land steht hinter dem groß-